

Presseerklärung der Montagsdemonstration Reutlingen zur aktuellen Hartz IV-Debatte

Die Reutlinger Montagsdemonstrierer, darunter einige von Hartz IV Betroffene, lehnen die Verunglimpfung der Arbeitslosen durch Westerwelle, Mappus und andere Politiker als demagogisch ab. „Spätrömische Dekadenz“ meinen sie eher in den Vorstandsetagen der Banken und bei korrupten Politikern zu erkennen. Von „anstrengungslosem Wohlstand“ kann bei 359 Euro Hartz- IV-Regelsatz unter Zwang, jede Arbeit anzunehmen, nicht die Rede sein. Aber welche Arbeit soll angenommen werden, wenn nun der Schnee davongeschmolzen ist und mit ihm auch ein geistreicher Vorschlag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme? Während 6,2 Millionen Menschen Anspruch auf Arbeitslosengeld I und II haben, gibt es offiziell nur 480.000 offene Stellen und über 800.000 Kurzarbeiter. Die Montagsdemonstrierer fordern eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das Arbeitslosengeld I soll für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit weiter gezahlt werden, und für alle Arbeitslosen soll es mindestens eine Grundsicherung – ohne Bedingungen - oberhalb der Armutsgrenze geben. Die Montagsdemonstrierer, die sich wöchentlich um 18 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Reutlinger Marktplatz versammeln, sind wie die kritisierten Politiker der Ansicht, dass sich „Arbeit wieder lohnen muss“. Das ist aber nicht durch Steuergeschenke an Unternehmer und besser Verdienende zu erreichen, sondern durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

verantwortlich für diese Erklärung: Katrin Lütjens